

ATOMMÜLLLAGER

Bundesregierung bestreitet Verbindung zwischen Asse und Krebs

Das Bundesumweltministerium weist Vorwürfe der Grünen zurück: Es gebe keinen Zusammenhang zwischen dem Atommülllager Asse und den Krebserkrankungen in der Umgebung.

5.12.2010 - 15:06 Uhr

© Tobias Schwarz / Reuters



Ein Arbeiter misst die Strahlung im unterirdischen Atommülllager Asse

Die Bundesregierung sieht keinen Zusammenhang zwischen dem maroden Atommülllager Asse und einem Anstieg von Krebsfällen in dessen Umgebung. Die erhöhten Krebsraten könnten "nicht durch die Strahlenbelastung aus der Asse erklärt werden", heißt es in der Antwort des Bundesumweltministeriums auf eine Anfrage der Grünen. Das Bündnis 90 bewertete diese Aussage als gewagt.

Um den beobachteten Anstieg der Krebsfälle durch Strahlung erklären zu können, müsse "die Dosis etwa 10.000 Mal höher sein als beobachtet", schrieb die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Ursula Heinen-

Esser (CDU), in ihrer Antwort auf Fragen der Grünen-Fraktionsvize im Bundestag, Bärbel Höhn.

1900-1970

Zehn Kilometer südöstlich von Wolfenbüttel wird 1906 der erste Schacht des Bergwerks Asse in die Tiefe getrieben. 1964 endet die Förderung von Steinsalz aus wirtschaftlichen Gründen. Im selben Jahr wird die Gesellschaft für Strahlenforschung (GSF) in München gegründet. Sie kauft im Auftrag des Bundes die Schachanlage für umgerechnet etwa 45.0000 Euro. 1965 wird die Asse vom Salz- zum Forschungsbergwerk erklärt.

1971-1980

Von 1967 an erforscht die GSF die Eignung der Asse als Atommülllager. Zugleich werden in der Schachanlage in Niedersachsen (Bild links) schon leicht und mittelradioaktive Abfälle eingelagert. Bis zum Ende der Einlagerung 1978 sind es 126.000 Fässer mit leicht radioaktivem Material in mehr als 700 Metern Tiefe und 1300 Fässer mit mittelradioaktivem Material in 511 Metern Tiefe.

1981-2000

1988 entdeckt man erstmals, dass ins sogenannte Versuchsendlager Asse Salzlauge einsickert. Die Öffentlichkeit wird darüber nicht informiert. 1995 läuft die Forschung in der Asse aus. Im selben Jahr wird die Helmholtz-Gemeinschaft gegründet, deren Mitglied die GSF ist. Im August 1998 wird ein täglicher Zufluss von elf Kubikmetern Lauge gemessen.

2001-2010

Seit 2005 eskaliert der Streit um die Asse. 2008 wird unter Tage radioaktiv strahlendes Cäsium-137 gemessen. Dem Helmholtz-Zentrum entzieht man die Aufsicht. Seit dem 1. Januar 2009 ist das Bundesamt für Strahlenschutz verantwortlich für die Asse. Am 15. Januar 2010 empfiehlt das Bundesamt, den radioaktiven Müll aus dem Bergwerk zu holen.

Eine Analyse seltener Krebserkrankungen in einer kleinen Region unterliege "zwangsläufig starken statistischen Schwankungen". Bei Auswertungen in einer bestimmten Anzahl von Gemeinden könnten höhere Erkrankungsraten "allein aufgrund des statistischen Zufalls" gefunden werden, hieß es in dem Schreiben weiter. Im Landkreis Wolfenbüttel selbst seien die Daten unauffällig, schrieb Heinen-Esser. Sie versicherte aber auch, die Bundesregierung sei "an einer schnellen Klärung der Sachlage interessiert" und bot dem Land Niedersachsen Unterstützung bei der Bewertung der beobachteten erhöhten Krebshäufigkeiten an.

Mehr zum Thema

- [Atommülllager Rätsel um erhöhte Leukämierate nahe Asse](#)
- [Versuchsendlager In Asse lagert zehn Mal mehr Atommüll als bisher bekannt](#)
- [Atommüll Die unterirdische Geschichte der Asse](#)

Schlagworte

[Atomindustrie](#) | [Atommüll](#) | [Endlager](#) | [Krebs](#) |

Der Fraktionschef der Grünen im niedersächsischen Landtag, Stefan Wenzel, kritisierte die Einschätzung der Regierung, die erhöhte Krebshäufigkeit habe nichts mit dem Atommüll in der Asse zu tun, als gewagt. "Das ist eine mutige Aussage", denn für die erhöhten Werte gebe es ganz eindeutige Belege, sagte Wenzel.

Niedersachsen

Zwar gebe es auch keine Beweise dafür, dass Asse die Ursache für die höhere Zahl von Krebserkrankungen sei, "aber wer das Gegenteil behauptet, der muss auch den Beweis antreten". Wenzel forderte zunächst weitere Untersuchungen der nun bekannt gewordenen Daten und ihrer möglichen Ursachen.



Auch die Grünen-Bundestagsfraktion äußerte sich enttäuscht über die Haltung der Bundesregierung: Sie versuche die Sorgen der Menschen kleinzureden, sagte die umweltpolitische Sprecherin der Grünen, Dorothea Steiner. Ein Zusammenhang zwischen Atommüll und Krebshäufigkeit in der Umgebung liege sehr nahe. Ende November war bekannt geworden, dass in der Umgebung des Atommülllagers deutlich mehr Leukämie- und Schilddrüsenkrebsfälle als im statistischen Mittel aufgetreten sind.

QUELLE: ZEIT ONLINE, AFP

ADRESSE: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-12/regierung-asse-krebs>

Lesen Sie [hier mehr aus dem Ressort Deutschland](#).